

Stellungnahme zum Haushalt 2021

„Haushaltsrede“

Zu Protokoll am 23. Februar 2021

von

Manuel Hummel

Nein, dies ist **kein Krisenhaushalt** - auch wenn das für manche überraschend sein mag. Dank der Unterstützung des Bundes und des Landes war die Verwaltung in der Lage, einen soliden Haushalt aufzustellen, der keinem weh tun muss.

Auch die Erzählung, infolge der Pandemie befänden sich sämtliche Städte und Gemeinden des Landkreises in einer finanziellen Notlage, ist falsch. Zwar klingen die 11%, um die die Steuerkraftsumme gesunken ist, dramatisch. Wirklich in Not sind allerdings nur die drei Großen Kreisstädte. Und man kann nun darüber diskutieren, in welchem Maße sie dafür selbst die Verantwortung tragen. Denn die von Landrat Huber so genannte „*Eintrübung im Automobilssektor*“ ist nichts anderes als die schon seit langem absehbare Reaktion der Märkte auf das blinde Festhalten am Verbrennungsmotor. Hans-Peter Behrens hat bereits in unserer Haushaltsrede 2010 gefordert: „*Die bei uns noch dominante Automobilindustrie sollte dabei unterstützt werden, sich einem neuen Markt anzupassen. Wesentlich ist aber die Förderung bei der Ansiedlung neuer, grüner, Wirtschaftszweige.*“ Es ist ein unverzeihlicher Fehler der Standortkommunen, dass auch sie diese Entwicklung ignoriert haben.

„*Solidarisches Teilen*“ (so Landrat Huber in seiner Einbringungsrede) brauchen also, wenn überhaupt, vor allem die drei Großen Kreisstädte. Wer Ihnen gezielt helfen will, sollte sich überlegen, wo gerade sie in besonderem Maße belastet sind. Da sehen auch wir wenig Möglichkeiten. Es ist aber eher beschämend, wenn der Landkreis den Schutz von Kindern vor sexuellen Übergriffen in der Zuständigkeit der Stadt Rastatt ablädt und so tut, als sei ein Zuschuss von 20 T€ schon eine großartige Aktion. Kinder im ganzen Landkreis verdienen Schutz und Prävention. Somit ist es eine Aufgabe des Kreistags, sich dieser Verantwortung zu stellen.

Bereits im vergangenen Jahr haben wir die Absenkung der **Kreisumlage** abgelehnt. Zu viel gibt es zu tun, als dass wir da locker auf „ein paar Milliönchen“ verzichten könnten. Aber 2020 stand immerhin noch das Versprechen des Landrats im Raum, dass diese Absenkung nur eine einmalige Aktion für die Dauer eines Jahres sein würde, und die Rückkehr auf 30 % kommen werde. Was das Wort des Landrats wert war, bestätigt nun in erschreckender Weise unser Orakel aus der vorletzten Haushaltsrede: „*Abwärts immer, aufwärts nimmer.*“

Noch völlig ohne Berücksichtigung des gewaltigen Finanzierungsbedarfs in den kommenden Jahren wird die Situation der **Klinikum Mittelbaden** gGmbH immer prekärer. Diese Feststellung hat keinen Neuigkeitswert mehr und scheint im Kreistag auch keineN mehr aus dem Sessel zu heben, denn da gibt es ja den Betrauungsakt, der schlimmstenfalls die Gesellschafter in Regress nimmt. Die Frage ist deshalb, ob wir die Umwandlung von 11 Mio € an Krediten in Eigenkapital für ausreichend erachten. Und da sagen wir: nein! Das sieht nach viel aus, hat eine gute Außenwirkung, kann haushaltsunwirksam gebucht werden. Von einer dauerhaften soliden Finanzierung des Klinikums hin zur Investitionsfähigkeit aus eigener Kraft sind wir weit entfernt. Es ist eben ein Unterschied, ob man einen Patienten dauerhaft am Tropf hängen lässt, oder ob man ihn so weit stärkt, dass er wieder auf eigenen Beinen stehen kann.

Bis zum Jahr 2030 sollen 30 bis 40 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche in Baden-Württemberg ökologisch bewirtschaftet werden. Der Umsatz mit Bioprodukten ist allein im vergangenen Jahr um 17 % gestiegen. Die **Biomusterregion Mittelbaden** hat vom Land den Zuschlag bekommen. Unterstützung durch das Landratsamt? Bislang Fehlanzeige!

Fast keine Ausgaben sind in diesem Jahr für den **Radverkehr** vorgesehen. Den Radschnellweg von Karlsruhe nach Rastatt kriegt der Landkreis für umsonst. Und da, wo

er selbst Geld in die Hand nehmen müsste - bei der Weiterführung in Richtung Bühl - lehnt man sich zurück und will erst mal abwarten. Den Radweg von Weitenung nach Leibersung (wohl gemerkt entlang einer Kreisstraße!) lässt man zu 90 % von Bühl und Sinzheim finanzieren - so viel zum „*solidarischen Teilen*“. Der Radverkehrsanteil im Landkreis Rastatt liegt um mind. 5% niedriger als in den angrenzenden Landkreisen Karlsruhe und Ortenau (Statusbericht Kommunalen Klimaschutz in Baden-Württemberg). Warum? Im AUBP haben wir das Radverkehrskonzept aus diesen Gründen als unzureichend abgelehnt.

Angesichts der genannten gewichtigen Kritikpunkte haben wir nach Gründen gesucht, aus denen wir diesem Haushalt dennoch zustimmen könnten.

- Ein zentraler Knackpunkt, der sich über viele Jahre durch unsere Haushaltsreden gezogen hat, wurde 2020 abgeräumt: die **Ostanbindung** des Baden Airparks. Gekostet hat sie uns bis dahin bereits 1,238 Mio €.
- Großen Haushaltsposten stimmen wir ausdrücklich zu: den enormen Ausgaben für den **Breitbandausbau**; der unumgänglichen **Erhöhung der Abfallgebühren**.
- Der **Substanzerhalt des Vermögens** ist gewährleistet
- Mitten in der laufenden Pandemie ist es eine offene Frage, in welche Richtung die **Verkehrswende** gehen soll und kann. DASS auch der Verkehrssektor CO₂-neutral werden muss, steht nicht zur Disposition. Dass der heutige Individualverkehr nicht 1:1 auf Elektrofahrzeuge umgestellt werden kann, ist zumindest uns Bündnisgrünen klar. Welche Rolle im Detail aber der ÖPNV spielen wird, ist auf die Sicht des Haushaltsjahres 2021 nur schwer absehbar. Deshalb haben wir auf konkrete Anträge in diesem Bereich verzichtet.
- Das weitere Verfahren hinsichtlich der **Deponie Oberweier** hätte ein Ablehnungsgrund sein können. Dazu werden im Wirtschaftsplan jedoch keine Vorab-Festlegungen getroffen.

Unseren Dauerbrenner, die unzureichende Kreisumlage, werden wir in einer separaten Abstimmung ablehnen. Im Übrigen ist Ziel unserer Kritik - wie auch im vergangenen Jahr - weniger das, was im Haushalt drin steht, sondern das, was nicht drin steht, siehe oben. Konsequenterweise werden wir uns deshalb bei der Abstimmung über den Haushalt enthalten.

Unsere finnische Partnerstadt Vantaa hat sich mit ihrer „Roadmap to Resource Wisdom“ mutige, aber notwendige Ziele gesetzt: null Emissionen, kein Abfall, kein Überkonsum. Landrat Huber verweist in seiner Einbringungsrede (nicht zum ersten mal) auf das „Zukunftsprogramm Landkreis 2030“, in dem Energie und Klimaschutz eines von sieben Themenfeldern darstellen sollen. Dass der laufende Entwicklungsprozess auch auf den Haushalt 2021 ausstrahlen würde, ist aber leider nicht zu erkennen.

„Um uns eine gute Zukunft im Landkreis zu sichern“ (Einbringungsrede) wird die bisherige Rollenverteilung - die Bündnisgrünen als Visionäre, die konservative Mehrheit als Bremser - nicht funktionieren. Wäre es zu viel verlangt, dass es von Konservativen irgendeinen Plan gibt, der weiter geht als die Hoffnung, alles solle so bleiben, wie es ist? Mit „*Augenmaß*“ und „*auf Sicht fahren*“, Lieblingsbegriffe im Landratsamt, gehen die Jahre in's Land, und Chancen zum Umsteuern verstreichen ungenutzt. Die große Mehrheit der Menschen hat längst begriffen, dass sich unserer Lebensweise ändern muss. Packen wir's an!